



Brüssel, 23. Februar 2009

**Markus Ferber (EVP-ED/CSU):**

**EU muss mit zentraler Finanzmarktaufsicht ernst machen**

**Sondergipfel am 1. März muss konkrete Beschlüsse fassen / Nationale Aufsichtsstrukturen weitgehend obsolet / Vorreiterrolle für G-20-Gipfel im April**

Die EU muss auf ihrem Sondergipfel zur Wirtschaftskrise am 1. März konkrete Beschlüsse zu einer europäischen Finanzmarktaufsicht fassen. Das forderte der Vorsitzende der CSU-Gruppe im Europaparlament, Markus Ferber. "Die Ergebnisse des gestrigen EU-Treffens in Berlin gehen in die richtige Richtung. Alle Finanzmärkte müssen einer Aufsicht unterliegen. Die EU muss jetzt mit gutem Beispiel vorangehen und eine EU-weite Aufsicht organisieren", so Ferber.

"Nationale Aufsichtsstrukturen sind angesichts grenzüberschreitender Finanzdienstleistungsunternehmen nicht mehr zeitgemäß. Zumal durch Übernahmen und Zusammenschlüsse rein nationale Unternehmen zunehmend die Ausnahmen bilden werden. Die allermeisten Banken, Versicherungen und Fondsgesellschaften in der EU bewegen sich europäisch, wenn nicht sogar weltweit. Deshalb ist eine EU-weite Finanzmarktaufsicht alternativlos", sagte der CSU-Europaabgeordnete.

Ferber verwies auf die Notwendigkeit eines europäischen Handelns. "Die großen Schwierigkeiten des bekannten deutschen Immobilienfinanzierers etwa wurden durch dessen irische Tochtergesellschaft ausgelöst. Mit einer EU-weiten Aufsicht hätte schneller reagiert werden und vielleicht manches verhindert werden können."

"Der G-20-Finanzgipfel in London am 2. April braucht eine weltweit verzahnte Finanzmarktaufsicht. Das kann nur gelingen, wenn ein großer Wirtschaftsblock zeigt, dass die Überwindung vermeintlicher nationaler Interessen zur Stabilisierung des Gesamtsystems möglich ist. Die EU kann sich dadurch profilieren, Vertrauen schaffen und zu einer schnelleren Überwindung der Weltwirtschaftskrise beitragen. Dem Euro-Raum kann das nur gut tun", sagte der Vorsitzende der CSU-Abgeordneten im Europaparlament.

Für weitere Informationen:

**Markus Ferber MdEP, Tel. +32 2 284 7230**

**EVP-ED-Pressestelle, Thomas Bickl, Tel. +32 2 283 2002 oder +32 478 215372 (mobil)**